Monetative

Wahlprogrammanalyse Bundestagswahlkampf 2021

Wir haben uns die aktuellen Wahlprogramme der im Bundestag vertretenen Parteien bezüglich Geld/Finanzen durchgesehen und die entsprechend relevanten Stellen zusammengetragen. Nachfolgend finden Sie die langgefasste Übersicht der geld- und finanzpolitischen Inhalte der Parteienprogramme zur Bundestagswahl 2021.

Welche geld- und finanzpolitischen Stellschrauben beschäftigen die Parteien im Wahljahr 2021?

Übersicht aller Parteiprogramme der etablierten Parteien

Klicken Sie einfach auf die gewünschte Partei um direkt zum jeweiligen Wahlprogramm zu kommen.

CDU CSU

DIE LINKE.

Freie Demokraten FDP

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

SPD

AfD

Vorgehen der Analyse

Anmerkung: Alle aufgeführten geld- und finanzpolitischen Agendapunkte sind im Wortlaut aus den offiziellen Wahlprogrammen übernommen worden. Zur besseren Veranschaulichung weist die Präsentation eine gleichbleibende Struktur auf. Um dies zu ermöglichen, ist die Struktur der Parteiprogramme an geeigneten Stellen verändert worden. Zudem ist vereinzelt gekürzt worden, wenn die Information schon in anderer Form gegeben wurde.

Die Wahlprogramme wurden anhand der nachfolgenden Schlagworte abgesucht und analysiert:

Geld (Geldmarkt, Digitales Geld, Papiergeld, Bargeldlos, E-Euro, CBDC), Finanz (Finanzmarkt, -spekulation, -politik, -planung, -geschäfte, -Krise, -produkte, -institute/Institution, Akteure), Bank (Geschäftsbanking, Investmentbanking, Bankensystem, Bankensektor), Zinsen, Spekulation, Kapital, Derivate, Investment/Investieren (Investmentfonds, Hedgefonds), Schulden .

Einen Anspruch auf Vollständigkeit erheben wir nicht.

Übersicht der Finanzpolitischen Inhalte im Parteiprogramm der CDU zur Bundestagswahl 2021

Finanzpolitische Inhalte:

1. Europäische Wirtschaftspolitik, Währungsunion und Finanzarchitektur (S.22/23)
2. Schuldenbremse
3. Finanzplatz Deutschland stärken

1. Europäische Wirtschaftspolitik, Währungsunion und Finanzarchitektur (S.22/23)

Europäische Wirtschaftspolitik besser abstimmen, Währungsunion stärken S.22 ff.

- Europäische Finanzmarktregulierung (Taxonomie), Nachhaltigkeitsberichterstattung und Lieferkettengesetzgebung bedürfen gerade für mittelständische Firmen präziser globaler Wettbewerbsanalysen. (S.22)

- Wir bekennen uns zur Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB). Geld- und Finanzpolitik müssen getrennt bleiben. Wir lehnen deshalb eine monetäre Staatsfinanzierung ab. Das übergeordnete Ziel der EZB bleibt die Wahrung der Geldwert- und Finanzstabilität. (S.22)

- Unsere Währung muss für das digitale Zeitalter gut gerüstet sein. Wir befürworten einen digitalen Euro als schnelles, einfaches und sicheres Zahlungsmittel. Er darf Bargeld nur ergänzen und die Preis- und Finanzstabilität nicht gefährden. Denn Bargeld ist gelebte Freiheit. Daher halten wir am Bargeld als Zahlungsmittel weiterhin fest. (S.22)

Europäische Finanzarchitektur krisensicher machen S.23:

- Wir wollen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), die Bankenunion und die Kapitalmarktunion unter Stabilitätsaspekten weiterentwickeln und vollenden. (S.23)

- Für den Umgang mit Staaten, die von einer Wirtschafts- und/oder Finanzkrise betroffen sind, benötigen wir geordnete Verfahren bis hin zu einem Insolvenzverfahren für Staaten. (S.23)

- Zur Vollendung der Bankenunion müssen bestehende Risiken im Bankensystem zwingend reduziert werden. Bankenrettungen aus Steuermitteln und eine Vergemeinschaftung der Haftungsübernahme im Rahmen der europäischen Einlagensicherung lehnen wir ab.

- Bei allen Änderungen auf europäischer Ebene müssen die Besonderheiten unseres bewährten Drei-Säulen-Systems aus Privatbanken, öffentlich-rechtlichen Banken und Genossenschaftsbanken erhalten bleiben. Insbesondere dürfen die Kreditversorgung des Mittelstands und die Finanzierung von Wohneigentum nicht aufgrund überzogener regulatorischer Anforderungen unnötig eingeschränkt werden. So sorgen wir dafür, dass Krisen schnell und besser überwunden werden können. (S.23)

2. Schuldenbremse (S.70): Neue Generationengerechtigkeit bei Finanzen und Steuern

- Wir bekennen uns zur grundgesetzlichen Schuldenbremse. Grundgesetzänderungen zur Aufweichung der Schuldenbremse lehnen wir ab.
- Wir wollen so schnell wie möglich wieder ausgeglichene Haushalte ohne neue Schulden erreichen und die gesamtstaatliche Schuldenquote auf unter 60 Prozent reduzieren.
- (Nach Corona) Kassensturz für die öffentlichen Haushalte mündet in einen Fahrplan für Investitionen in Wachstum, gezielte Entlastungen und ausgeglichene Haushalte. Unsere Überzeugung ist: Nachhaltiges Wachstum schafft neue Spielräume.
- Wir werden Ausgaben regelmäßig auf ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit prüfen und entbehrliche Ausgaben streichen.

3. Finanzplatz Deutschland stärken (S.74)

- Innerhalb einer starken Banken- und Kapitalmarktunion wollen wir Deutschland zum führenden Finanzstandort, insbesondere für nachhaltige Produkte, ausbauen.
-
- Wir werden vor allem Bürokratie für Finanzmarktteilnehmer abbauen, Regeln modernisieren und die Rahmenbedingungen für Börsengänge verbessern.
- Als starker Finanzplatz soll Deutschland für die Ansiedlung von EU-Institutionen attraktiver werden.
- Wir streben einen eigenen Börsenplatz nach dem Vorbild der NASDAQ an. Schnell wachsende Technologieunternehmen sollen sich an einer deutschen oder europäischen Börse finanzieren können.

Übersicht der Finanzpolitischen Inhalte im Parteiprogramm der Linke zur Bundestagswahl 21

DIE LINKE.

Finanzpolitische Inhalte

1. Schuldenbremse

2. Mietenwahnsinn und Verdrängung stoppen. Hohe Mieten senken und gemeinnützige Wohnungswirtschaft aufbauen. Spekulation mit Grund und Boden beenden.

3. Die Macht der Banken und Finanzmärkte brechen:

- Bankensystem
- Finanzaufsicht reformieren, finanziellen Verbraucherschutz stärken:
- Finanz-TÜV einführen
- Finanztransaktionssteuer

4. Digitale Zahlungssysteme

5. EU:

- Investieren statt Zukunft blockieren
- EZB

1. Schuldenbremse (S.11)

Wir halten gemeinsam mit vielen Expert*innen die Schuldenbremse für volkswirtschaftlich schädlich und wollen sie abschaffen.

2. Spekulation mit Grund und Boden beenden. (S.39)

Problemstellung: Öffentlicher Raum wird kommerzialisiert und privatisiert. Fast 2 Millionen Wohnungen stehen leer, weil das Finanzkapital aufgrund der ungleichen Verteilung des Reichtums und der Blasen auf den Finanzmärkten nach lukrativen Anlagemöglichkeiten sucht. Gebaut wird vor allem im Luxussegment. Wo kein Profit winkt, wird hingegen gar nicht investiert – an vielen Orten auf dem Land verfällt Wohn und Gewerberaum. Auch aus ökologischen Gründen wären kluge Mechanismen der Umverteilung vorhandenen Wohnraums und die Umwandlung von Altbeständen in Sozialwohnungen den Neubauten vorzuziehen.. Die Rechte von Mieter*innen sind immer noch viel zu schwach Die »Mietpreisbremse« der Bundesregierung wirkt nicht. Bauminister Horst Seehofer gibt dreimal so viel Geld aus Steuermitteln für das »Baukindergeld« aus, um Gutverdienende beim Kauf von Eigentum zu unterstützen, wie für den sozialen Wohnungsbau.

Forderungen:

- *Antispekulationsgesetz*: Den Spekulationskreislauf, an dem sich wenige auf Kosten der Vielen bereichern, wollen wir mit einem Anti-Spekulations-Gesetz durchbrechen: Wohnraum darf kein Spekulationsobjekt an der Börse mehr sein.
- Immobilien- und Hedgefonds wollen wir die Zulassung entziehen.
- Spekulationen mit Bauland wollen wir stoppen. Deshalb wollen wir leistungslose Gewinne durch den Wertzuwachs an Grundstücken über eine Bodenwertzuwachssteuer abschöpfen.
- Steuertricks beim massenhaften Kauf und Verkauf von Wohnungen, wie sogenannte Share Deals, wollen wir unterbinden.
- Gewinne durch Spekulation, Unternehmensbeteiligungen und Immobilienverkäufe werden wir stärker besteuern und abschöpfen.
- Bilanztricks werden wir in Zukunft unter anderem durch Angleichung der Bilanzierungen verhindern. Private Immobilienverkäufe dürfen auch nach zehn Jahren bis auf einen individuellen Freibetrag nicht mehr steuerfrei sein.
- Zudem fordern wir ein öffentlich einsehbares Immobilienregister.
- Weiters fordern wir eine einmalige Sonderabgabe auf Immobilienerträge, die vor allem große Konzerne mit mehr als 3000 Wohnungen treffen soll.

3. Die Macht der Banken und Finanzmärkte brechen 1/2 (S.89-90)

Problemstellung: Wir wollen die Gesellschaft und die Demokratie aus dem Würgegriff der Finanzkonzerne befreien:

Aus kapitalgedeckter Altersvorsorge fließen den Finanzmärkten Milliardenbeträge zu. Wir wollen die Rentenprivatisierungen zurücknehmen und die Mittel der Spekulation entziehen (vgl. Kapitel »Rente«). Gerade die hochkomplexen Finanzinstrumente (zum Beispiel Derivate höheren Grades), von denen im Krisenfall die größten Risiken ausgehen, nutzen dem Gemeinwesen kaum. DIE LINKE will den Finanzsektor deshalb auf eine dienende Funktion für Gesellschaft und Realwirtschaft zurückführen. Die Finanzmärkte sollen entschleunigt und im Volumen geschrumpft werden. Wenn immer größere Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge privat organisiert werden, dann müssen Renditen erwirtschaftet werden, der Finanzmarkt übernimmt die Kontrolle. Wir wollen Krankenhaus-, Pflege- und Immobilienkonzernen die Börsenzulassung entziehen.

Forderungen an das Bankensystem:

- DIE LINKE will den Finanzsektor auf gesellschaftlich sinnvolle Kernaufgaben konzentrieren. Das sind vor allem Angebote im Bereich Zahlungsverkehr und sicherer Ersparnisbildung sowie die Finanzierung privater und öffentlicher Investitionen. Die Banken sollen auf ein an den Bedürfnissen der Realwirtschaft und der Gesellschaft orientiertes Geschäftsmodell zurückgeführt werden: Die Basis eines neuen Finanzsektors sind Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Die Geschäftsbanken müssen wie Sparkassen auf das Gemeinwohl verpflichtet werden.

- Der überwiegende Teil des sogenannten Kapitalmarktgeschäfts der Banken folgt spekulativen Motiven. Kurzfristig ausgerichtetes Investmentbanking – das nur in Betriebe investiert, um schnell hohe Renditen zu erzielen – wollen wir als Geschäftsfeld abwickeln. Schattenbanken, außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Derivate, Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften müssen aufgelöst oder streng reguliert werden. In diesem Sinne muss Banking wieder langweilig werden. Die Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln wollen wir verbieten.
- Mit einer demokratischen Kontrolle der Banken durch Vertreter von Beschäftigten, Gewerkschaften und öffentlicher Hand könnten die Ressourcen der Banken dazu genutzt werden, die Wirtschaft im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung zu lenken. Nur so können die Einlagen der Kleinsparer*innen geschützt und Gewerbetreibende mit günstigen Krediten versorgt werden. In den Kontrollgremien müssen auch Sozialverbände, Verbraucherschutz- und Umweltverbände und andere zivilgesellschaftliche Akteure vertreten sein.
- Alle Menschen müssen einen Rechtsanspruch auf ein kostenfreies Girokonto erhalten. Dispozinsen wollen wir auf höchstens 5 Prozent oberhalb des Zinssatzes der Zentralbank begrenzen.

3. Die Macht der Banken und Finanzmärkte brechen 2/2 (S.89-90)

Forderungen an die Finanzaufsicht, finanziellen Verbraucherschutz:

- Jede Geld- und Vermögensanlage sowie jedes Kreditgeschäft muss erfasst und durch ein laufendes materielles Prüfungsrecht (Produktaufsicht) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) unterstellt werden. Die BaFin muss durch mehr Personal mit Wirtschaftsprüferexamen zu einer eigenständigen Bilanzkontrolle befähigt werden.

- Finanz-TÜV einführen: In Zukunft sollen nur noch solche Finanztransaktionen und -instrumente erlaubt sein, die auch einen gesamtwirtschaftlichen und/oder gesellschaftlichen Nutzen stiften. Statt wie bisher alle Finanzpraktiken zuzulassen, die nicht ausdrücklich verboten sind, müssen Finanz-zinstrumente in Zukunft eine ausdrückliche Zulassung durch einen »Finanz-TÜV« erhalten, bevor sie in Umlauf gebracht werden dürfen.

- Finanztransaktionssteuer: Wir dämmen die Spekulation auf den Finanzmärkten ein. Bei jeder Finanztransaktion soll ein Steuersatz von 0,1 Prozent fällig werden. Die eingenommenen Gelder sollen einerseits für nachhaltige Entwicklung in den Ländern des Südens und für globalen Klimaschutz und andererseits für den sozialökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft genutzt werden.

4. Digitale Zahlungssysteme regulieren (S. 97)

Problemstellung: Internetkonzerne entwickeln für ihre Hard und Softwareprodukte eigene Bezahlsysteme (zum Beispiel ApplePay, AmazonPay, PayPal) oder denken über die Etablierung eigener Parallelwährungen nach (beispielsweise Facebooks Pläne für die Komplementärwährung Diem). Digitale Zahlungen ermöglichen die Erstellung von persönlichen Profilen und Rückschlüsse auf sensible persönliche Informationen.

Forderung an das Geldsystem:

- Deshalb wollen wir das Recht auf Bargeldzahlung unterhalb von Obergrenzen zur Verhinderung von Geldwäsche gesetzlich verankern.
- Digitales Bezahlen muss mindestens bei kleineren Beträgen auch anonym möglich sein.
- Den Datenschutz bei digitalen Zahlungsdiensten regulieren wir streng. Wir setzen eine strikte Trennung zwischen Bezahl- und anderen Diensten der Konzerne durch.
- Geld und Währung müssen Teil staatlicher Souveränität bleiben, eine schleichende Privatisierung lehnen wir ab.

- Innovative Finanztechnologieunternehmen (Fintech) bzw. ihre Plattformen müssen mit ihren Finanzdienstleistungen denselben Regeln und Gesetzen unterworfen sein, wie sie heute für konventionelle Finanzdienstleister (zum Beispiel Banken und Versicherungen) gelten.

5. EU/EZB (S.147-152)

Problemstellung: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt beschneidet die Demokratie in den einzelnen Mitgliedstaaten und

legt sie auf eine neoliberale Finanzpolitik fest. Die EU braucht eine Investitionsoffensive ohne Handbremse. Die Defizit- und Schuldenregeln müssen angepasst werden. Damit die EU eine Zukunft hat, müssen wir uns um die Defizite kümmern, die wirklich zählen: Den Investitionsstau im Sozialstaat, in der Bildung, der Infrastruktur, auf dem Arbeitsmarkt und beim Klimaschutz.

Forderungen bzgl. Ausgabe europäischer Anleihen infolge der Corona-Krise:

- Angesichts der Herausforderungen durch Corona und Klimakatastrophe muss der EU-Haushalt durch die Ausgabe europäischer Anleihen ausgeweitet werden. In Anbetracht des größten Einbruchs der Weltwirtschaft seit Jahrzehnten ist ein Umfang von 1 bis 2 Billionen Euro für das europäische Investitions- und Ausgabenprogramm erforderlich.

- Wir fordern Schuldenschnitte und sinnvolle Investitionsprogramme für die ärmeren Regionen Europas. Wir lehnen es ab, dass die Vergabe von Mitteln aus dem EU-Wiederaufbaufonds an Konditionen geknüpft wird, mit denen die Empfehlungen der EU-Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters faktisch zu Vorschriften gemacht werden.

- Ohne Ausgleichsmaßnahmen verstärkt der Euro als gemeinsame Währung von stark unterschiedlichen Wirtschaftsräumen die Schieflage zwischen den reichen Staaten in Nord- und Westeuropa gegenüber den Staaten in Südeuropa.

Forderungen an die EZB:

- Die Europäische Zentralbank (EZB) muss endlich am Gemeinwohl statt am Kriterium der Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet werden. Die EZB muss sozialökologische Investitionen der Mitgliedstaaten ermöglichen und diese vom Wohlwollen der Finanzmärkte unabhängig machen. Dafür würde es schon ausreichen, wenn die EZB die Solvenz der Mitgliedstaaten garantiert, indem sie verpflichtet wird, Kreditgeber in letzter Instanz zu sein. Ein inflationäres Risiko gibt es nicht, weil die EZB weiterhin ihrem Inflationsziel verpflichtet ist. Die EU-Verträge müssen geändert werden, um der EZB die Staatsfinanzierung zu ermöglichen.
- Wir wollen, dass die EZB demokratisch vom Europäischen Parlament kontrolliert wird – anstatt weiter dem Einfluss von Finanzlobbyisten ausgeliefert zu sein. Die EZB darf nicht weiter Anleihen von Unternehmen mit hohen CO2-Emissionen aufkaufen und dadurch den Klimaschutz unterlaufen. Sie braucht starke soziale und ökologische Standards.

Übersicht der Finanzpolitischen Inhalte im Parteiprogramm der AFD zur Bundestagswahl 21

Finanzpolitische Inhalte

1. Zusätzliche Inflationierung durch überzogene Corona-Maßnahmen beenden
2. EZB-Nullzinspolitik beenden
3. Erhalt des Bargelds: Bargeld ist Freiheit und Schutz vor Enteignung und Totalüberwachung
4. Wohlstand und sozialer Frieden in Europa durch Wiedereinführung nationaler Währungen
5. Target-2-Risiko beenden
6. Absicherung gegen die Eurokrise, Geldsystem reformieren, deutsches Staatsgold vollständig zurück nach Deutschland

1. Zusätzliche Inflationierung durch überzogene Corona-Maßnahmen beenden (S.50)

Problemstellung: Durch die überzogene Politik der Bundesregierung, der EU und der EZB in der Corona-Krise drohen gleichzeitig eine wirtschaftliche Depression und eine massive Teuerung, da große Teile der „Corona-Förderprogramme“ unproduktiv sind und als reine Geldmengenausweitung in den Konsum fließen, der auf der Angebotsseite nicht befriedigt werden kann.

Forderung: Die AfD fordert, die Corona-bedingten Ausgabenprogramme und die dazugehörige Verschuldung auf das notwendige Maß zu beschränken. Die Bundesregierung darf keinen EU-Corona-Programmen zustimmen, für die Deutschland nur mithaftet, aus denen es wenig Leistung erhält, aber durch die drohende Inflation zusätzliche Schäden erleiden wird.

2. EZB-Nullzinspolitik beenden (S.50)

Problemstellung: Die EZB sollte eine zweite Deutsche Bundesbank sein. Stattdessen betreibt sie eine Währungspolitik der wirtschaftsfeindlichen Null- und Negativzinspolitik. Diese zerstört langfristig alle kapitalgedeckten Alterssicherungssysteme von Betriebsrenten, über staatlich geförderte kapitalgedeckte Rentensysteme, private Lebensversicherungen bis zu privaten Sparvermögen. (...) Die Negativzinspolitik der EZB führt dazu, dass nicht mehr wettbewerbsfähige Unternehmen als „Zombies“ im Markt verbleiben und den gesunden Unternehmen einen unfairen Wettbewerb liefern. (...). Bereits nach wenigen Jahren wird das zu kaskadenartigen Zusammenbrüchen von sogar bis dahin noch gesunden Unternehmen führen und den Auftakt zu einer umfassenden Depression bilden.(...). Die durch die EZB-Politik verursachte Wechselkursabwertung und die Preisexplosion am Aktien- und Immobilienmarkt zerstören die Kaufkraft, wovon insbesondere Arbeitnehmer und Rentner betroffen sind. Die Zinsmanipulation treibt die Immobilienpreise nach oben und damit auch die Mieten. Negativzinsen enteignen Sparer, Mieter und Rentner und führen langfristig zu Altersarmut. Weiterhin führt die EZB-Politik zur Zerstörung der Märkte für Anleihen. (...) zu großen Teilen betreibt die EZB dabei auch noch ideologische und verbotene Wirtschaftspolitik. Diese suprastaatliche „Rettungspolitik” verletzt geltendes EU-Recht, darunter das Verbot der Staatsfinanzierung durch die Zentralbank und das Verbot der Haftung für Schulden anderer Mitgliedstaaten.

Forderungen:
(1) Alle Maßnahmen der EZB zur Manipulation des freien Kapitalmarkts müssen eingestellt werden,
(2) keine Staatsfinanzierung durch die EZB,
(3) keine faktische Vergemeinschaftung der Schulden,
(4) Beschränkung der EZB auf reine Geldpolitik,
(5) keine heimliche und hoch ideologische Wirtschaftspolitik über „Green Deal“ und Anleihekäufe und
(6) Ende der Nullzins-Politik und der EZB-Anleihekaufprogramme. (...).

3. Wohlstand und sozialer Frieden in Europa durch Wiedereinführung nationaler Währungen (S.53)

Problemstellung: Der Euro ist für ein Wirtschaftsgebiet mit derzeit 19 sehr unterschiedlich leistungsfähigen Volkswirtschaften eine Fehlkonstruktion und kann in dieser Form weder ökonomisch noch sozial funktionieren. Die Arbeitslosigkeit ist seit Jahren im Süden Europas erschreckend hoch als Folge der fehlenden bzw. verloren gegangenen Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder innerhalb des Euro-Korsetts. (...)

Forderung: Die Lösung besteht in der Wiedereinführung der nationalen Währungen, in denen sich die Leistungen der jeweiligen Volkswirtschaften widerspiegeln. Durch nationale Währungen wird jeder Staat wieder für seine Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik verantwortlich und erhält damit seine politische Souveränität zurück. Damit werden auch die internen Konflikte in der Euro-Zone gelöst: Keinem früheren Euroland müssen danach noch strenge Vorgaben gemacht werden, um seine im Euro-Korsett verloren gegangene Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen. Die Staaten können ihre Wettbewerbsfähigkeit dann wieder, wie vor der Euro-Einführung, durch eigene Entscheidung über die Veränderung des Wechselkurses wiederherstellen. Die wiedereingeführte Deutsche Mark würde ihre hohe Kaufkraft gegenüber den anderen Ländern analog zur hohen Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wiedergewinnen. (...).

4. Erhalt des Bargelds: Bargeld ist Freiheit und Schutz vor Enteignung und Totalüberwachung (S.54)

Problemstellung: Unser Bargeld ist in Gefahr. Mit Unterstützung von Bundesregierung, IWF und EZB wird die Abschaffung des Bargelds vorbereitet. Mit dessen Abschaffung würde die Rolle des Geldes als gebührenfreiem Wertspeicher eingeschränkt. Eine Abschaffung des Bargeldes macht im Krisenfall die Enteignung von Kontoinhabern möglich. Bargeld ist ein natürliches Bollwerk gegen enteignende Negativzinsen. Ein Bargeldverbot würde bedeuten, dass Zahlungsvorgänge nur noch elektronisch stattfinden können. Dies eröffnet dem Staat und Banken die totale Kontrolle über alle Geldströme und Wirtschaftsaktivitäten, über alle Finanztransaktionen, unter Umständen sogar über Aufenthaltsorte aller Bürger. Aus dem gläsernen Bankkunden würde der gläserne Mensch – Vollüberwachung bis in private, ja intime Lebensbereiche. Mit einem freiheitlichen Rechtsstaat sind solche Kontrollmöglichkeiten nicht vereinbar.

Forderung: Die AfD fordert den dauerhaften Erhalt der uneingeschränkten Bargeldnutzung als wichtigem bürgerlichen Freiheitsrecht und seine Verankerung im Grundgesetz. Die AfD spricht sich auch gegen von Zentralbanken herausgegebene digitale Währungen aus, die ein Einfallstor für die schleichende Abschaffung des Bargeldes wären. Die Verfügbarkeit und Wertaufbewahrungsfunktion des Bargeldes müssen erhalten bleiben.

5. Target-2-Risiko beenden (S.55)

Problemstellung: Auf der Aktivseite der Bundesbankbilanz belaufen sich die Überziehungskredite einzelner Notenbanken der Euro-Staaten(Target-2-Forderungen der Gläubigerstaaten) auf über eine Billion Euro. Diese Forderungen der Deutschen Bundesbank sind unbesicherte, derzeit unverzinste, nicht fällig stellbare Forderungen. (...). Target-2- Wertverluste stellen ein hohes Milliarden-Risiko für den Bundeshaushalt und damit für den deutschen Steuerzahler dar. Sicher ist, dass die EZB als Anspruchsgegner der Bundesbank im Falle einer (Teil-)Auflösung der Eurozone die deutschen Target-Forderungen nur noch in abgewerteten Euros oder gar nicht mehr zurückzahlen wird. Wegen der substanzlosen Target-Forderungen kommen die noch immer sehr hohen deutschen Außenhandelsüberschüsse innerhalb der Eurozone der deutschen Volkswirtschaft kaum noch zugute.

Forderung: Als Sofortmaßnahme fordert die AfD darum die Bundesregierung und die Deutsche Bundesbank auf, die bislang geduldete Überbeanspruchung des Verrechnungskontos „Target-2" zu unterbinden. Die Target-2-Forderungen der Deutschen Bundesbank sind abzuschmelzen, täglich auszugleichen, angemessen zu verzinsen und mit Sicherheiten zu unterlegen. Die AfD ist auch offen für weitere sinnvolle Vorschläge, die Target-Forderungen zu „monetarisieren" bzw. nutzbar zu machen. So könnte die Bundesbank z. B. ihre Target-Forderungen am Kapitalmarkt an Investoren weiterverkaufen und die erhaltenen Mittel in ausländischen Aktien, ausländischem Gold oder anderen Sachwerte anlegen.

6. Absicherung gegen die Eurokrise, Geldsystem reformieren, deutsches Staatsgold vollständig zurück nach Deutschland (S.56)

Problemstellung: Deutschland muss auch in einem plötzlichen währungspolitischen Krisenfall handlungsfähig sein. Bei einer Wiedereinführung der Deutschen Mark könnte das teilweise im Ausland gelagerte Staatsgold als temporäre Deckungsoption dienen. Gold ist nach aller historischer Erfahrung eine potenzielle Deckung für eine neue Währung, was besonders in Krisensituationen bzw. nach Einführung einer neuen Währung zum Vertrauensaufbau relevant wird. Staatsgold muss ohne Gegenparteien- oder Verwahrrisiko im eigenen Land aufbewahrt werden.

Forderung: Die AfD fordert die Deutsche Bundesbank auf, das im Ausland gelagerte Staatsgold vollständig und umgehend nach Deutschland zu überführen. Zudem fordert die AfD die Herbeiführung eines verfassungsrechtlich abzusichernden bilanziellen Sonderstatus der Goldreserve zur Abwehr der Ausbuchungsgefahr aufgrund der sich seit 2007 dramatisch verschlechternden Qualität der Bundesbank-Bilanz. Langfristig halten wir eine grundsätzliche Reform des Geldsystems für notwendig, hin zu einem freien Währungswettbewerb oder einem goldgedeckten Währungssystem.

Übersicht der Finanzpolitischen Agendapunkte im Parteiprogramm der SPD zur Bundestagswahl 21

SPD

Finanzpolitische Inhalte:

1. Nachhaltige Staatsanleihen
2. Regulierung des Finanzsektors – Fusionskontrolle
3. Regulierung des Finanzsektors – BaFin
4. Finanztransaktionssteuer
5. Absicherung vor Bankpleiten – Kapitalmarkt,- und Bankenunion
6. Sicherung einer zukunftsfähigen Wirtschaft – Weiterentwicklung der KfW
7. Grundstückspekulation – Wohnraum
8. Grundstückspekulation – Agrarflächen
9. Schuldenkrise infolge von Corona

Fairer Finanzmarkt als Voraussetzungen für die nachhaltige Wirtschaft 1/2

Problemstellung:

Wir brauchen einen leistungsfähigen, sicheren und fairen Finanzmarkt, um den Wandel in eine digitale und nachhaltige Wirtschaft finanzieren zu können. Er muss ordentlich reguliert und überwacht werden. Wir werden sicherstellen, dass den Verbraucher*innen die Finanzierungsdienstleistungen kostengünstig angeboten werden und Investitionen in nachhaltige, klimafreundliche Produkte und Produktionsverfahren fördern. Für das Vertrauen in die Funktionstüchtigkeit und Sicherheit von Finanzmarktakteuren und Finanzprodukten ist es gerade für Kleinanleger*innen wichtig, dass sie eine unabhängige und an ihren Interessen orientierte Beratung erhalten können. (S.23)

1. Nachhaltige Staatsanleihen

Um den Finanzstandort Deutschland zum Motor einer nachhaltigen Transformation der Finanz und Realwirtschaft in Einklang mit den Pariser Klimaschutzzielen zu machen, werden wir künftig noch mehr nachhaltige Staatsanleihen auflegen und auf weitere als nachhaltig zertifizierte Finanzprodukte hinwirken. Das Ziel ist, private Kapitalflüsse in den Auf- und Ausbau nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen zu lenken

2. Regulierung des Finanzsektors – Fusionskontrolle

Der Wettbewerb im Finanzsektor soll erhalten bleiben und die Bankenregulierung muss bewirken, dass staatliche Rettungsschirme für einzelne Banken nicht notwendig werden. Wir unterstützen die EU-Kommission dabei, darauf im Rahmen der europäischen Fusionskontrolle zu achten. (s.24)

3. Regulierung des Finanzsektors – Stärkung der Bafin:

Wir haben dafür gesorgt, dass die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) stärkere Kontroll-Kompetenzen erhält. Wir haben bei der Prüfung von Jahresabschlüssen der Unternehmen eine Überprüfung unmittelbar durch die BaFin ermöglicht. Sie kann nun hoheitlich prüfen, da Jahresabschlüsse die wichtigste Informationsquelle für Anleger*innen und Verbraucher*innen sind. Zudem haben wir die Aufsicht über die Wirtschaftsprüfer*innen verschärft und geregelt, damit sie häufiger als bisher gewechselt werden müssen. (s.24)

Fairer Finanzmarkt als Voraussetzungen für die nachhaltige Wirtschaft 2/2

4. Finanztransaktionssteuer

Wir werden eine Finanztransaktionssteuer einführen, möglichst im Einklang mit unseren europäischen Partnern. (S.23)

5. Absicherung vor Bankpleiten – Kapitalmarkt,- und Bankenunion

Wir werden Staaten und Steuerzahler zukünftig wirksam vor Bankpleiten schützen. Zusammen mit der Kapitalmarktunion soll durch die Vollendung der Bankenunion ein europäischer Kapitalmarkt geschaffen werden, der die wettbewerbsfähige Finanzierung europäischer Unternehmen sicherstellt. Weil zu gemeinsamen Ausgaben auch gemeinsame Einnahmen gehören, haben wir die Grundlage für neue europäische Eigenmittel geschaffen (S.55).

6. Sicherung einer zukunftsfähigen Wirtschaft – Weiterentwicklung der KfW

Eine wichtige Rolle nimmt dabei die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ein, die Mittel am Kapitalmarkt aufnimmt und diese zusammen mit den Förderbanken der Länder in strategisch wichtige Zukunftsbranchen lenkt, die den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft unterstützt und auch Start-ups fördert. Wir werden sie zu einer modernen Innovations- und Investitionsagentur weiterentwickeln (S. 19)

7. Grundstückspekulation – Wohnraum

Unsere Bodenpolitik wird am Gemeinwohl orientiert. Bund, Länder und Kommunen sollen öffentliches Eigentum an Grundstücken sichern und vermehren, um die Spekulation mit Grund und Boden zu stoppen. Dazu ist das Vorkaufsrecht für Kommunen zu fairen Preisen wichtig. (S.37) Um die Spekulation mit Wohnraum einzudämmen, werden wir die Eigentümerstrukturen über ein zentrales Immobilienregister transparent machen. (S.37)

8. Grundstückspekulation – Agrarflächen

Der Boden, als wichtigstes Gut in der Landwirtschaft, steht den selbst wirtschaftenden Betrieben vor Ort zu. Er darf kein Spekulationsobjekt sein. Wir werden ihn vor Investoren ohne Agrarbezug schützen. (S.52).

9. Schuldenkrise infolge von Corona

Viele Länder befanden sich schon vor der Corona-Pandemie in einer Schuldenkrise, die jetzt noch vergrößert wird. Zentrale Säulen der Entwicklungsfinanzierung sind zusammengebrochen und Finanzströme ausgetrocknet. Das kurzfristige Aussetzen des Schuldendienstes im Rahmen der G20 und des IWF brachte Erleichterung. Wir unterstützen eine Initiative für ein globales Staateninsolvenzverfahren, das staatliche und vor allem private Gläubiger miteinbezieht und das Schuldenerlasse für besonders gefährdete Ländergruppen formuliert und umsetzt. (S.62)

Übersicht der Finanzpolitischen Agendapunkte im Parteiprogramm der FDP zur Bundestagswahl

Freie Demokraten FDP

Finanzpolitische Inhalte:

1. Tilgungsturbo für die Corona-Schulden
2. Bargeld erhalten, Krypto-Währungen fördern
3. Lehren aus Wirecard-Skandal: BaFin neu aufstellen
4. Veräußerung staatlicher Beteiligungen im Bankensektor
5. Gute und starke Regeln in der Bankenaufsicht
6. Keine Privilegierung von Staatsanleihen in der Bankenregulierung Einlagensicherungssysteme stärken
7. Gläubigerbeteiligung bei Finanzierungskrisen einzelner Staaten in der Eurozone
8. Einlagensicherungssysteme stärken
9. Europäischer Währungsfonds als Wächter über Staatsfinanzen
10. Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes („Maastricht 2.0“)
11. Für einen EU-Haushalt ohne Schulden und EU-Steuern
12. Die Wirtschaftskrise in der EU gemeinsam überwinden
13. Europäische Entwicklungsbank aufbauen

1. Tilgungsturbo für die Corona-Schulden (S.13)

Wir Freie Demokraten wollen die Schuldenstandsquote Deutschlands gemäß den Maastricht-Kriterien zügig wieder unter die 60-Prozent-Marke senken. Auf die Coronakrise konnte nur deshalb so entschlossen reagiert werden, weil die deutsche Staatsverschuldung in den Jahren davor auf unter 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gesunken war. Um auf zukünftige Krisen vorbereitet zu sein, müssen die Corona-Schulden so schnell wie möglich abgebaut werden. (...) Und nur so hinterlassen wir unseren Kindern solide Finanzen. Dabei stehen wir für eine solide und investitionsorientierte Haushaltspolitik und zur im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse. Denn jede Generation hat ihre Herausforderungen und muss über die finanzpolitischen Spielräume verfügen, um diesen gerecht werden zu können.

2. Bargeld erhalten, Krypto-Währungen fördern (S.45)

Wir Freie Demokraten setzen uns für die uneingeschränkte Nutzbarkeit von Bargeld als Zahlungsmittel ein. Bargeld sollte als Alternative zu digitalen Zahlungsformaten bestehen bleiben. Zugleich begrüßen wir die Weiterentwicklung von Kryptowährungen. Bargeld ermöglicht uns, ohne staatliche Kontrolle und Überwachung Geld aufzubewahren. Zudem setzt die Möglichkeit der Bürgerinnen und Bürger, auf Bargeld auszuweichen, der Negativzinspolitik der Europäischen Zentralbank enge Grenzen. Wir begrüßen zudem alternative Tauschmittel wie Kryptowährungen auf Blockchain sowie anderen Basen und wollen die Schaffung eines verlässlichen rechtlichen Rahmens fördern und weiterentwickeln.

3. Lehren aus Wirecard-Skandal: BaFin neu aufstellen

Wir Freie Demokraten wollen die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) besser regulieren und neu aufstellen. Der Fall Wirecard hat eklatante Vollzugsdefizite offengelegt. (...). Außerdem muss die Regulierung stets an neue Geschäftsmodelle angepasst werden. (...). Mit dem Markteintritt der BigTechs sowie anderer Zahlungsdienstleister hat ein neues Maß der Digitalisierung Einzug in die Finanzbranche gehalten. Deshalb wollen wir die BaFin zu einer besser handlungsfähigen, schlagkräftigen Finanzaufsicht weiterentwickeln und so das Vertrauen in den Finanzplatz Deutschland zurückgewinnen.

4. Veräußerung staatlicher Beteiligungen im Bankensektor

Wir Freie Demokraten fordern, dass sich Bund und Länder nach Überwindung der Coronakrise vollständig aus den Bankenmärkten zurückziehen. Von Beteiligungen an im Wettbewerb stehenden Banken wie zum Beispiel der Commerzbank oder den Landesbanken muss der Staat sich trennen. Wir setzen uns für einen leistungsstarken europäischen Bankenmarkt ein, der durch Wettbewerb und Vielfalt der Geschäftsmodelle geprägt ist. Aufgabe der Politik ist es, gute und krisenfeste Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene zu setzen. Mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und den – zusätzlich zu den Landesbanken bestehenden – Förderbanken der Länder stehen genügend Möglichkeiten für die Wirtschaftspolitik zur Verfügung.

5. Gute und starke Regeln in der Bankenaufsicht

Wir Freie Demokraten stehen für eine zeitgemäße Bankenregulierung und Aufsicht, die effektiv und effizient private Gläubigerinnen und Gläubiger von Banken schützt, systemische Krisen verhindert und den Marktteilnehmern ein „Level Playing Field“ sicherstellt. Regulierung und Aufsicht sollen dabei dem Grundsatz der Risikoorientierung folgen. Unterschiedlichen Geschäftsmodellen soll Rechnung getragen und Wettbewerbsneutralität sichergestellt werden. Geschäftspolitische Entscheidungen müssen Sache der Banken selbst bleiben.

6. Keine Privilegierung von Staatsanleihen in der Bankenregulierung

Wir Freie Demokraten wollen die bevorzugte Behandlung von Staatsanleihen bei der europäischen Regulierung von Banken und Versicherungen schrittweise beenden und durch marktorientierte Ansätze ersetzen. Auch Staatsanleihen müssen risikoadäquat mit Eigenkapital unterlegt werden. Zudem wollen wir die Großkreditgrenze, die Klumpenrisiken in den Bankbilanzen vorbeugen soll, auf Staatsanleihen ausdehnen

7. Einlagensicherungssysteme stärken

Wir Freie Demokraten wollen, dass die EU-Vorschriften zu Aufbau und Stärkung nationaler Einlagensicherungssysteme eingehalten werden, damit Risiken in den Bilanzen der Banken dort abgebaut werden, wo sie eingegangen werden. Solange die Banken Europas nicht stabilisiert sind, wären ansonsten die Sparerinnen und Sparer in Ländern mit stabileren Bankensystemen die Leidtragenden.
Die Schaffung einer einheitlichen europäischen Einlagensicherung (EDIS) lehnen wir Freie Demokraten ab. EDIS würde keinen Zusatznutzen für die Finanzstabilität bringen, sondern die besonders bewährten Sicherungssysteme der Sparkassen und Volksbanken in Deutschland gefährden.

8. Gläubigerbeteiligung bei Finanzierungskrisen einzelner Staaten in der Eurozone

Wir Freie Demokraten wollen ein Verfahren für geordnete „Staatsinsolvenzen“ schaffen. Damit wollen wir private Gläubiger einzelner Staaten stärker in die Verantwortung nehmen. Bevor an ein Mitglied der Eurozone öffentliche Mittel aus dem Europäischen Währungsfonds (EWF) fließen, muss es künftig eine Beteiligung der privaten Gläubiger dieses Staates an den Stabilisierungslasten geben; zumindest in Form einer Laufzeitverlängerung der jeweiligen Staatsanleihen. Eine solche Beteiligung des Privatsektors wäre gleichzeitig die wirksamste Krisenprävention, weil sich ein Staat dann in der Regel gar nicht erst unangemessen hoch verschulden könnte. Auch müssen der EWF und der Finanzstabilitätsrat mit ihrer analytischen Kompetenz bereits frühzeitig in die Krisenprävention eingebunden werden.

Übersicht der Finanzpolitischen Agendapunkte im Parteiprogramm der Grünen zur Bundestagswahl 21

Finanzpolitische Aspekte

1. Saubere Bilanzen am deutschen Kapitalmarkt
2. Eine Finanzaufsicht mit Zähnen
3. Das Bankgeschäft muss wieder langweilig werden
4. Digitalen Euro einführen
5. europäischen Stabilitätsmechanismus
6. Bankenunion und an die EZB
7. Der EURO
8. Schuldenbremse
9. Immobilienspekulation einbinden
10. Nahrungsmittelspekulation einbinden

Wir machen die Finanzmärkte stabiler und nachhaltiger: Grüne Finanzmärkte 1/2 S.83 ff.

Problemstellung: Im Kampf gegen die Klimakrise und beim sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft spielt das Finanzsystem eine bedeutende Rolle. Noch immer werden Milliarden in fossile Energien und Geschäftsmodelle, die auf der Zerstörung der Ökosysteme und der Verletzung der Menschenrechte aufbauen – und damit gegen unsere Zukunft –, investiert (S. 83). Beim Bilanzskandal Wirecard sind die zuständigen Wirtschaftsprüfer*innen und die staatliche Aufsicht an ihrer Aufgabe gescheitert. (...) (S.83). Bei Wirecard hat auch die deutsche Finanzaufsicht (BaFin), wie so häufig zuvor kläglich versagt. Als Aufseherin verbot die BaFin Leerverkäufe gegen Wirecard und zeigte Journalist*innen an, die Unregelmäßigkeiten aufdeckten. Das kam einem Persilschein für Wirecard gleich. Anleger*innen haben im Ergebnis nicht nur ihr Geld, sondern zugleich auch das Vertrauen in den Finanzplatz Deutschland und seine Aufsicht verloren. Für ehrliche Unter-nehmen wird die Finanzierung so künftig schwieriger und teurer (S.84). Auch über zehn Jahre nach der Finanzkrise geht von Banken noch immer eine Gefahr für die Wirtschaft aus. Noch immer ist nicht ausgeschlossen, dass im Falle einer Pleite die Steuerzahler*innen haften (S.85)

Forderungen:

1. Saubere Bilanzen am deutschen Kapitalmarkt (S.84): Beim Bilanzskandal Wirecard sind die zuständigen Wirtschaftsprüfer*innen und die staatliche Aufsicht an ihrer Aufgabe gescheitert.

- Wir wollen, dass Unternehmen in der Regel nach sechs Jahren ihre Wirtschaftsprüfer*innen wechseln müssen. Wirtschaftsprüfungsgesellschaften dürfen nicht gleichzeitig Unternehmen beraten, die sie prüfen.
- Die Aufdeckung von Bilanzbetrug muss als Ziel gesetzlich verankert werden.
- Wirtschaftsprüfungsgesellschaften müssen wirksam staatlich beaufsichtigt werden.
- Die persönliche Haftung von Entscheider*innen in Unternehmen muss bei Rechtsverstößen tatsächlich wirksam werden. Auch Aufsichtsräte müssen gestärkt und kompetent besetzt werden. Die Vergütung von Vorständen muss sich am langfristigen Unternehmenserfolg statt am kurzfristigen Börsenkurs orientieren.

Wir machen die Finanzmärkte stabiler und nachhaltiger: Grüne Finanzmärkte 2/3 S.83 ff.

2. Eine Finanzaufsicht mit Zähnen (S.85): Bei Wirecard hat auch die deutsche Finanzaufsicht (BaFin), wie so häufig zuvor kläglich versagt. (...).

- Wir wollen eine Finanzpolizei mit umfassenden Prüfungsrechten schaffen, die Informationen mit allen zuständigen Behörden im In- und Ausland austauscht.
- Dem Zoll als Bundesbehörde kommen wichtige Aufgaben im Bereich der Bekämpfung der Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Geldwäsche zu. Momentan ist er personell und organisatorisch nicht in der Lage, diese Funktion zu erfüllen. Wir werden ihn besser und mit den notwendigen rechtsstaatlich abgesicherten Befugnissen ausstatten, damit er künftig schwere Finanzkriminalität effektiv bekämpfen kann.

3. Das Bankgeschäft muss wieder langweilig werden (S.85): Auch über zehn Jahre nach der Finanzkrise geht von Banken noch immer eine Gefahr für die Wirtschaft aus.

- Wir wollen deshalb zurück zum „Boring Banking“. Banken sollen nicht spekulieren, sondern die Realwirtschaft finanzieren.
- Statt der immer undurchsichtigeren Regulierungsflut wollen wir einfache und harte Regeln. Die Regulierungslücken bei Schattenbanken, Zahlungsdienstleistern und Fintechs schließen wir, jedes Produkt und jeder Akteur muss reguliert sein.
- Wir werden die Schuldenbremse (Leverage Ratio) für Banken verbindlich machen und schrittweise auf 10 Prozent erhöhen.
- Das riskante Investmentgeschäft muss vom Einlagen- und Kreditgeschäft getrennt werden (Trennbankensystem). Auch Investmentbanken müssen konsequent beaufsichtigt und Geschäftsbereiche, die zu Interessenskonflikten führen, ausgegliedert werden.
- Es braucht eine starke Fusionskontrolle und zu große Banken sollen entflochten werden.
- Für kleine Banken, von denen kein Risiko für das Finanzsystem ausgeht, sollten hingegen einfachere Regeln gelten.
- Spekulation und Kurzfristorientierung werden wir, unter anderem durch eine EU-weite Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage, unattraktiv machen. Um die Stabilität und Berechenbarkeit der Finanzmärkte zu erhöhen, werden wir den schädlichen Hochfrequenzhandel eindämmen

Wir machen die Finanzmärkte stabiler und nachhaltiger: Grüne Finanzmärkte 3/3 S.83 ff.

4. Digitalen Euro einführen (S.86-87): Digitales Bezahlen gewinnt in unserem Alltag stetig an Bedeutung.

- Wir befürworten die Initiative der Europäischen Zentralbank (EZB), einen digitalen Euro zu schaffen.
- Sie gewährleistet dabei Daten- und Rechtssicherheit für Verbraucher*innen und Unternehmen und erhöht die
- Effizienz der Euro-Transaktionen. Sie wirkt ungerechtfertigten Kosten durch Oligopole entgegen. Private Firmen können auf dieser Grundlage Produkte und Apps aufbauen.
- Ein digitaler Euro löst klassisches Bargeld nicht ab, sondern ergänzt es.
- Eine Aushöhlung des Geld- und Währungsmonopols durch private Währungen mächtiger Großkonzerne lehnen wir strikt ab. Bei allen digitalen Zahlungen und Kryptowährungen müssen die tatsächlichen wirtschaftlich Berechtigten analog zu Regelungen beim Bargeld ab einer gewissen Schwelle ermittelt werden.
- Bestehende Kooperationspflichten von Kryptotauschbörsen wollen wir erweitern und Ermittlungsbehörden angemessen in diesem Bereich schulen. (...).

Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (S.87 ff.)

Problemstellung: Europas Gesellschaften und Unternehmen leben von einer starken öffentlichen Infrastruktur.
Daher ist es umso gefährlicher, dass in den letzten Jahren so sehr auf Verschleiß gefahren und nicht investiert wurde.
Wir wollen die Europäische Währungsunion zu einer Sozialunion ausweiten (...).

Forderungen:

5. Europäischen Stabilitätsmechanismus (S.87):

- Der Europäische Stabilitätsmechanismus wird zu einem Europäischen Währungsfonds weiterentwickelt.
- In ihm erhalten die Länder eine nicht konditionierte kurzfristige Kreditlinie. So wird Spekulation gegen einzelne Staaten schon im Vorfeld abgewendet.

6. Bankenunion und an die EZB (S.87):

- Die Bankenunion wird durch eine gemeinsame Einlagensicherung als Rückversicherung vollendet, damit jeder Euro überall gleich sicher ist.
- Durch eine gemeinsame und stärker antizyklische Fiskalpolitik entlasten wir die Zentralbank und sorgen dafür, dass sie künftige Brände nicht wieder alleine löschen muss.
- Darüber hinaus begrüßen wir, dass die EZB ihrer Verantwortung für die Stabilität des Euro in allen Mitgliedstaaten nachkommt, indem sie Zinsunterschiede innerhalb der Eurozone in Grenzen hält.
- Wir stehen zur Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank. Die Klimakrise hat massive Rückwirkungen auf unsere Volkswirtschaften, es ist deshalb sinnvoll, dass alle geldpolitischen Maßnahmen den Einfluss der Klimakrise auf die Geldwert- und Finanzstabilität berücksichtigen.
- Zudem hat die EZB die Aufgabe, die allgemeine Wirtschaftspolitik der EU zu unterstützen (...).

7. Forderungen an den EURO:

- Wir wollen, dass sich der Euro zu einer glaubwürdigen, internationalen Leitwährung entwickelt, damit Europa seine Souveränität bewahrt und ausbaut.
- Langfristig soll ein starker und stabiler Euro seinen Platz in einem kooperativen globalen Weltwährungssystem finden.

Staatshaushalt

8. Schuldenbremse reformieren (S.90)

Problemstellung: Deutschland verfügt auch nach der Corona-Krise über tragfähige Staatsfinanzen. Die Zinsen sind historisch niedrig, das Vertrauen in deutsche Staatsanleihen ist hoch. Wir haben aber ein Zukunftsproblem. Die Erde erhitzt sich, die Schulen verfallen und Deutschland.

Forderungen

- Wir wollen die Schuldenbremse im Grundgesetz für Bund und Länder zeitgemäß gestalten, sodass die Tragfähigkeit der zukünftigen Zinslast gewährleistet ist, und zugleich die so dringenden Investitionen zu ermöglichen.
- Bei konsumtiven Ausgaben bleibt es bei den derzeitigen strikten Regelungen; bei Investitionen, die neues öffentliches Vermögen schaffen, erlauben wir eine begrenzte Kreditaufnahme in Höhe der Netto-Investitionen.
- So schaffen wir öffentliches Vermögen, das uns allen gehört, denn die Rendite öffentlicher Investitionen ist hoch, während der Bund keine Zinsen für seine Kredite bezahlt.

Spekulation

9. & 10. Immobilienspekulation und Geldwäsche am Wohnungsmarkt beenden/ Spekulation mit Nahrungsmitteln unterbieten (S.134-135/S. 245).

Problemstellung:

- *Wohnraumspekulation:* Wohnen ist ein soziales Grundrecht und der Wohnungsmarkt darf kein Ort für Spekulant*innen sein. Zu häufig werden Immobilien zur Geldwäsche genutzt, das gilt es zu beenden (S. 134).
- *Nahrungsmittelspekulation:* Nahrungsmittelpreise sind oft starken Schwankungen unterworfen. Verantwortlich dafür sind nicht nur Wetter und Ernten, sondern auch skrupellose Spekulant*innen, denen die Gewinnmaximierung vor Nahrungsmittelsicherheit geht. Auch andere lebenswichtige Ressourcen, wie Wasser, werden immer mehr zu einer spekulativen Ware (S.245).

Forderungen, um Immobilienspekulation einzubinden (S.134-135):

- Wir planen, Transparenz durch ein Immobilienregister der Eigentümer*innen einzuführen, die Grundbücher auch für Journalist*innen, Nichtregierungsorganisationen und die Bewohner*innen der Immobilien kostenfrei zugänglich zu machen und Bargeld beim Immobilienkauf zu verbieten.
- Die Spekulation mit Bauland soll unterbunden werden. Wenn in Kommunen große Wohnungsnot herrscht, ergibt sich daraus eine Pflicht für Eigentümer*innen, Grundstücke zu bebauen, statt auf höhere Preise zu spekulieren.
- Auch gegen Fehlnutzungen und spekulativen Leerstand von Wohnraum werden wir verstärkt vorgehen.
- Wir wollen zudem im Baugesetzbuch die Möglichkeit einer Ausgleichsabgabe zugunsten der Kommunen eröffnen.

Forderungen, um Nahrungsmittelspekulation einzubinden (S.245):

- Wir werden uns in der EU für striktere Regulierungen einsetzen, um exzessive Nahrungsmittelspekulation zu verhindern. Dafür braucht es strenge Berichtspflichten für Händler*innen sowie strikte Preis- und Positionslimits an allen europäischen Rohstoff-Börsen

Übersicht aller Parteiprogramme der Kleinstparteien

Klicken Sie einfach auf die gewünschte Partei um direkt zum jeweiligen Wahlprogramm zu kommen.

Volt

DEMOKRATIE IN BEWEGUNG
Politik. Anders. Machen.

Ökologisch-Demokratische Partei

ödp

LKR

Grundsatzprogramm
Volksabstimmung

Familien-Partei

bündnis C
Christen für Deutschland

21 BÜNDNIS

DIE URBANE.

FREIE WÄHLER

TEAM TODENHÖFER
DIE GERECHTIGKEITSPARTEI

PLAN V
STATT PLANET B

dieBasis

Vorgehen der Analyse

Anmerkung: Alle aufgeführten geld- und finanzpolitischen Agendapunkte sind im Wortlaut aus den offiziellen Wahlprogrammen übernommen worden. Zur besseren Veranschaulichung weist die Präsentation eine gleichbleibende Struktur auf. Um dies zu ermöglichen, ist die Struktur der Parteiprogramme an geeigneten Stellen verändert worden. Zudem ist vereinzelt gekürzt worden, wenn die Information schon in anderer Form gegeben wurde.

Die Wahlprogramme wurden anhand der nachfolgenden Schlagworte abgesucht und analysiert:

Geld (Geldmarkt, Digitales Geld, Papiergeld, Bargeldlos, E-Euro, CBDC), Finanz (Finanzmarkt, -spekulation, -politik, -planung, -geschäfte, -Krise, -produkte, -institute/Institution, Akteure), Bank (Geschäftsbanking, Investmentbanking, Bankensystem, Bankensektor), Zinsen, Spekulation, Kapital, Derivate, Investment/Investieren (Investmentfonds, Hedgefonds), Schulden .

Eine Anspruch auf Vollständigkeit erheben wir nicht.

Finanzpolitische Inhalte: Bündnis C – Christen für Deutschland

Finanzpolitik für unsere Kinder: Geldschöpfung und Schuldenfinanzierung beenden (S.9)

- Marktwirtschaft: fair, kooperativ und effizient
- Mittelstand entlasten und Regionen stützen statt Großkonzerne
- Abbau von Staatsschulden und Subventionen
- Das Finanzsystem als Dienstleister der Wirtschaft
- Firmenbeteiligung mit Verantwortung statt Aktienspekulation
- Bargeld als Zahlungsmittel erhalten
- Verursacherprinzip: Unternehmen und Banken haften für verursachte [ökologische] Schäden.

Finanzpolitische Inhalte: Ökologisch-Demokratische Partei

1. Spekulation S.19/39

- Einführung von wirksamen Vermögens- und Spekulationssteuern sowie einer Digitalsteuer.
- Eigentumsstreuung land- und forstwirtschaftlich genutzter Flächen sowie ein Ende der Bodenspekulation und der Konzentration des Bodeneigentums.

2. Digitalisierung S. 33

- Recht auf ein analoges Leben (z. B. auch bei Behörden, ÖPNV, Bargeld) und als Back-up zum digitalen.

3. Finanzwirtschaft: Trennbankensystem; Finanztransaktionssteuer S.38

- Wiedereinführung eines strikten Trennbankensystems und Rückführung der Börsen zu ihrem eigentlichen Zweck, nämlich der Bereitstellung von Kapital für die Unternehmen: Banken mit staatlicher Lizenz zur Kreditvergabe und Geldschöpfung sind institutionell eindeutig zu trennen vom Investment Banking beziehungsweise der Vermögensverwaltung.
- Einführung von wirksamen Vermögens- und Finanztransaktionssteuern sowie einer Digitalsteuer.

Finanzpolitische Inhalte: Volt

Finanzmärkte: EU Ministerium für Finanzen und Wirtschaft; Finanztransaktionssteuer

Problemstellung: Spätestens durch die Weltfinanzkrise hat sich überdies auch in der EU gezeigt, dass sich die Finanzwirtschaft von ihrer ursprünglichen Bestimmung, der Unterstützung der Realwirtschaft, entfernt hat. Im Hinblick auf ihre originären Aufgaben, wie Kapital- und Risikoallokation, Bereitstellung von Finanzliquidität und Befriedigung des gesellschaftlichen Anlagebedarfs, besteht aus unserer Sicht Handlungsbedarf

Forderungen:

- Ein EU-Wirtschafts- und Finanzministerium ist unbedingt erforderlich: Dieses vereint die Funktionen des EU-Kommissariats für Wirtschaft und Währung, des Vorsitzes der Euro-Gruppe und perspektivisch auch des Vorsitzes des Gouverneursrats des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), entsprechend des Vorschlags der EU Kommission.

- Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer auf Wertpapiere, Derivate und jegliche Form von Finanzmarktwetten ein.

Finanzpolitische Inhalte: **Bündnis 21**

1. Bargeld, Digitaler Euro etc.
    - Bargeld bleibt das einzige gesetzliche Zahlungsmittel
    - Einführung des digitalen Euros nur bei gleichzeitiger Sicherstellung eines anonymen digitalen Zahlungsverkehrs
    - Zulassung von Konten in Fremdwährungen für den Zahlungsverkehr
2. Schuldenhaftung in Europa; Demokratisierung der EU-Institutionen

Forderungen:

- Eine gemeinsame Schuldenhaftung und Steuererhebungen innerhalb der EU
- Demokratisierung aller europäischen Institutionen und Einführung einer nachvollziehbaren Gewaltenteilung

Finanzpolitische Inhalte: Die Familien-Partei

Staatsverschuldung S.10

Problemstellung: Die Familien-Partei Deutschlands sieht durch die Staatsverschuldung die Lebensgrundlagen der nachfolgenden Generationen bedroht.

Forderung: Sie fordert daher, weitere Verschuldung zu verbieten und ausgeglichene Haushalte verfassungs-mäßig vorzuschreiben. Ansonsten wird das künftige Steueraufkommen im Wesentlichen durch Zinsen und Tilgung der Schulden aufgebraucht werden, wodurch für die Zukunft kein gestalterischer Freiraum verbleibt.

Finanzpolitische Inhalte: Grundsatzprogramm Volksabstimmung

Währungshoheit nutzen; Rettungsschirme stornieren; Schuldenhaftung beenden

- Deutschland [solle] sich das benötigte Geld zinslos selber erzeugen (siehe Grundgesetz: Währungshoheit), statt es von Privatbanken mit hohen Zinsen zu leihen; so [können] mindestens 60 Mrd. Euro/Jahr eingespart werden, die für Arbeits-, Ausbildungsplätze, Bildung, Kindergartenplätze u.a. dann zur Verfügung stünden.
- Staatliche Zinszahlungen an Privatbanken sind zu unterlassen und alle Banken-Rettungsschirme (EFSF, ESM usw.) sind zu stornieren.
- Innerhalb der EU: Zahlungen, Bürgschaften und Garantien für die Schulden anderer Länder unterlassen

Finanzpolitische Inhalte: LKR – Liberal-Konservative Reformer

1. Reformen europäischer Institutionen (ESM, Bankenunion, EZB etc.)

2. Schuldenabbau Deutschland

1. Reformen europäischer Institutionen (S.50)

Problemstellung: Die Europäische Zentralbank (EZB) hat durch ihre Zinspolitik Sparer zugunsten undisziplinierter ausländischer Staatshaushalte enteignet und unermessliche Risiken durch offensichtlich rechtswidrige Anleihekäufe angehäuft. Ein Ende der Ankäufe von zu einem großen Teil minderwertigen und ausfallträchtigen Wertpapieren ist nicht abzusehen. Diese Politik dient allein dem vertragswidrigen Ziel, überschuldete Staaten und Banken mit immer weiteren Krediten zu Vorzugskonditionen zu versorgen. Es ist lediglich eine Frage der Zeit, wann die durch hemmungslose Geldmengenvermehrung absehbare Inflation im Euroraum anspringt, wann durch die Fehlanreize der Negativzinspolitik gebildete Blasen platzen und wann das System der wahllos angehäuften Schrottpapiere zusammenbricht.

Forderungen:

- Keine Gewährung weiterer Kredite durch den ESM. Da der Bundestag Krediten aus dem Rettungsfonds ESM zustimmen muss, kann Deutschland die Vergabe immer blockieren.
- Keine weitere Staatsfinanzierung durch die EZB, auch nicht indirekt über das Bankensystem.
- Keine multinationalen Rettungsfonds für Banken.
- Keine Eurobonds, keine Vergemeinschaftung von Schulden.
- Die Ausnahme, dass Banken keine Eigenkapitalunterlegung für Staatsanleihen benötigen, muss schrittweise aufgehoben werden.
- Die Stimmgewichte in der EZB müssen zukünftig den Stammkapitalanteilen der einzelnen Mitgliedsstaaten entsprechen. Den drei Länder mit den größten Kapitalanteilen ist ein Vetorecht einzuräumen.
- Wir verlangen den jährlichen Ausgleich künftiger Targetsalden wie im Federal Reserve System der USA. Für die bereits aufgelaufenen Salden ist ein Tilgungsplan zu erstellen.
- Wir fordern die Schaffung eines Insolvenzrechts für Staaten sowie eines geregelten Austrittsrechts aus dem Euroraum, ohne gleichzeitig die EU verlassen zu müssen.

LKR

2. Schuldenabbau: Wirtschaft entfesseln und eiserne Ausgabendisziplin (S.52)

Forderungen:

- Zum einen die Entfesselung der deutschen Wirtschaft, um durch dynamisches Wachstum Einnahmen zu erzielen, die zur Rückführung der Verschuldung eingesetzt werden können. Um unsere Gesellschaft vor dem weiter wachsenden Einfluss des Staats wirkungsvoll zu schützen, muss die Staatsquote, nämlich der Anteil aller staatlichen Ausgaben im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt, durch Festlegung einer Höchstgrenze zurückgeführt werden. Dies sollte, analog zur Schuldenbremse, im Grundgesetz verankert werden. Die Staatsquote ist bis 2030 auf 43% abzusenken.

- Zum anderen eine eisernen Ausgabendisziplin, die mit einer massiven Verschlankung des kostenfressenden Staatsapparates und einer konsequenten Effizienzsteigerung auf allen Ebenen einhergehen muss.

Finanzpolitische Inhalte: Die Freien Wähler

1. Zuverlässiges Bankensystem S. 20
2. Sparer*innen vor Negativzinsen schützen S.20-21
3. Keine Vergemeinschaftung von Schulden in Europa S.20
4. Stabile Währung für unsere Bürger*innen garantieren S.21
5. Verhandlung eines Zusatzprotokolls für den Euro-Ausstieg S.21
6. Kein Eingriff der EU in das nationale Haushaltsrecht S.21
7. Erhalt der Genossenschaftsbanken und Sparkassen S.59
8. Neustrukturierung von Aufsichtsbehörden im Finanzwesen S.59
9. Sicherung der Kreditversorgung für den Mittelstand S.59
10. Bauernland in Bauernhand – Spekulationen eindämmen S.62
11. Bezahlbarer Wohnraum ohne Mietendeckel S.76

1. Zuverlässiges Bankensystem S. 20

Problemstellung: Ein zuverlässiges Bankensystem ist von zentraler Bedeutung für das Funktionieren unserer sozialen Marktwirtschaft und unseres Staats.

Forderung: Wir setzen uns deshalb für eine Regulierung des Finanzmarktes für systemrelevante Banken ein, die Risiken minimiert und stabile Banken garantiert. Die Bankenregulierung darf jedoch regionale Banken wie Genossenschaftsbanken und Sparkassen nicht zu stark belasten. Sie sind die Stützen des deutschen Mittelstands.

2. Sparer*innen vor Negativzinsen schützen S.20-21

Problemstellung: Die Fehlanreize innerhalb der EU, die durch das Brechen der Nichtbeistandsklausel entstehen, führen zu einer höheren Verschuldung. Der Europäischen Zentralbank bleiben in der Praxis nur die Nullzinspolitik und eine Geldmengenausweitung übrig. Diese führen zur Entwertung von Sparguthaben und zu Negativzinsen.

Forderung: Wir setzen uns dafür ein, dass Negativzinsen für Geldanlagen, Geldaufbewahrungsgebühren sowie eine Geldentwertung durch Inflation als negative Einkünfte aus Kapitalvermögen mit positiven Einkünften aus deren Einkunftsarten verrechnet werden können.

3. Verhandlung eines Zusatzprotokolls für den Euro-Ausstieg S.21

Forderung: Wir wollen schnellstmöglich ein Zusatzprotokoll zu den europäischen Verträgen verhandeln, um einen geordneten Ausstieg von Euro-Krisenländern zu ermöglichen und die Einführung von Zweitwährungen zu erleichtern. Krisenländer müssen mit einer eigenen Währung abwerten können, um wieder wettbewerbsfähiger zu werden.

3. Keine Vergemeinschaftung von Schulden in Europa S.20

Problemstellung: Es darf nicht sein, dass unsere Politik bestehende Vereinbarungen und Versprechen gegenüber den Bürger*innen einfach ignoriert. Der Grundsatz „Jedes Land haftet für seine Schulden selbst“ hat weiterhin Gültigkeit.

Forderung: Wir haben bereits vor Jahren als Erste gegen den „Rettungsschirm“ ESM geklagt und werden uns weiterhin stark machen, dass dieser Grundsatz einer soliden europäischen Finanzpolitik wieder mit Leben gefüllt wird. Auch schwierige Zeitendürfen nicht zum Anlass genommen werden, Transfermechanismen zu Lasten der deutschen Steuerzahler*innen zu installieren.

4. Stabile Währung für unsere Bürger*innen garantieren S.21

Problemstellung: Momentan verlieren die Sparer*innen in ganz Europa aufgrund der Niedrigzinsphase ihre Erträge. Rentenfonds und Vorsorgerücklagen für das Alter geraten unter enormen Druck.

Forderung: Wir wollen die Stabilität unserer Gemeinschaftswährung wiederherstellen und den Ankauf von Staatsanleihen kriselnder Euroländer beenden. Wir stehen außerdem zum Erhalt des Bargelds als Ausdruck individueller Freiheit und Mündigkeit.

5. Kein Eingriff der EU in das nationale Haushaltsrecht S.21

Forderung: Sofern Mitgliedstaaten Nettozahler der EU und nicht in größerem Umfang Schuldner der EU sind, wollen wir nicht, dass die Empfehlungen der EU für die nationale Haushaltspolitik verbindlich werden. Wir müssen weiterhin frei entscheiden können, wie wir unsere finanzpolitischen Schwerpunkte setzen.

7. Erhalt der Genossenschaftsbanken und Sparkassen S.59

Forderung: Wir setzen uns für den Erhalt unseres bewährten deutschen Drei-Säulen-Banken-Modells ein. Gerade in Zeiten der Krise hat sich unsere Bankenstruktur für Sparer*innen, Anleger*innen und die mittelständische Wirtschaft bewährt. Den wiederholten Versuchen der EU, die Struktur unserer Sparkassen und Genossenschaftsbanken infrage zu stellen, erteilen wir eine klare Absage. Sparkassen und Genossenschaftsbanken dürfen nicht für dubiose Machenschaften von Großbanken in Haftung genommen werden.

8. Neustrukturierung v on Aufsichtsbehörden im Finanzwesen S.5

Forderung: Finanzmarktaufsichtsbehörden, wie die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungssaufsicht, müssen mehr Personal und mehr Kompetenzen bekommen, sodass frühzeitig Betrugsversuche, die weitreichende Folgen für das Finanzsystem und damit auch die Gesellschaft in Deutschland haben, erkannt und verhindert werden können.

9. Sicherung der Kreditversorgung für den Mittelstand S.59

Problemstellung: Kleinere und mittlere Unternehmen brauchen eine verlässliche Finanzierung, um investieren zu können und wirtschaftlichen Erfolg zu haben.

Forderung: Deshalb wollen wir die für den Mittelstand so wichtigen regional tätigen Sparkassen und Genossenschaftsbanken vor einer überbordenden Bankenregulierung schützen. Auch hinterfragen wir europäische Anreizprogramme, die für Krisenländer gut sein mögen, aber unserer Kreditversorgung hierzulande abträglich sind.

10. Bauernland in Bauernhand – Spekulationen eindämmen S.62

Problemstellung: Der Rückgang landwirtschaftlicher Nutzflächen hat die Konkurrenz um den knappen Boden in Deutschland erhöht. Die bäuerlichen Familienbetriebe geraten damit immer stärker unter Druck.

Forderung: Wir sprechen uns gegen weitere Spekulationen mit Grund und Boden mit außerlandwirtschaftlichem Kapital aus. Bestehenden Betrieben aus der Region ist Vorrang einzuräumen.

11. Bezahlbarer Wohnraum ohne Mietendeckel S.76

Problemstellung: Wir wollen, dass es in den immer teurer werdenden Ballungsräumen den älteren Menschen, Geringverdiener*innen und Familien möglich ist, in ihrer vertrauten Umgebung zu wohnen.

Forderung: Durch eine clevere Wohnungsbauoffensive wollen wir insbesondere in Zuzugsregionen das Mietpreisniveau wieder senken. Dafür ist es dringend erforderlich, überzogene Bauvorschriften zurückzunehmen und die Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau aufzustocken. Statt für einen investitionsfeindlichen Mietendeckel stehen wir für zweckgebundene Bürgeranleihen nach Münchener Vorbild. Sie schaffen den finanziellen Freiraum, das Vorkaufsrecht für Immobilien nutzen zu können, und ermöglichen der öffentlichen Hand so, neuen sozialen Wohnraum zu erschließen

Finanzpolitische Inhalte: Die Piraten

1. Bargeld
2. Europäische Wirtschafts- und Währungsunion
3. Steuerzahler haften nicht für Banken
4. Spekulation

1. Bargeld S.10

Forderung: Keine Einschränkungen beim Bargeldverkehr Wir PIRATEN setzen uns sowohl auf Bundesebene als auch auf europäischer Ebene gegen Einschränkungen des Bargeldverkehrs ein.
Wir sind der Meinung, dass alle Konsumentinnen und Konsumenten selbst entscheiden können müssen, ob und wo sie durch bargeldlose Zahlung Datenspuren hinterlassen und wo nicht.

2. Europäische Wirtschafts- und Währungsunion – ESM; Schuldenschnitte; etc. S.116 ff. 1/2

Forderungen:

- Die massenweise Finanzierung von Staatsschulden zweifelhaften Wertes über die Europäische Zentralbank (EZB) und den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) lehnen wir strikt ab.
- Um die Schuldenkrise in Europa wirksam zu lösen, fordern wir daher die kurzfristige Durchführung frühzeitiger einmaliger Schuldenschnitte von Staatsschulden in der Europäischen Union sowie eine effektive Restrukturierung, und wenn nötig, Rekapitalisierung maroder Banken.
- Wird nach konsequenter Beteiligung der Eigentümer die Eigenkapitalquote einer Bank zu niedrig, dann soll die betroffene Bank durch Umwandlung von Fremdkapital in Eigenkapital stabilisiert werden.
- Als letzter Schritt ist eine Verstaatlichung zu prüfen, wenn eine Insolvenz aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Folgewirkungen ausscheidet.
- Eine Abfederung sozialer Einschnitte durch den Schutz von Kleinanlegern bzw. privater Renten- und Lebensversicherungen ist bis zu einem Höchstbetrag zu gewährleisten. (S.116)

2. Europäische Wirtschafts- und Währungsunion – ESM 2/2

Problemstellung: Transparenz und demokratische Kontrolle des ESM Der ESM-Vertrag verstößt gegen die im Grundgesetz verankerten fundamentalen Rechtsprinzipien und Grundsätze einer demokratischen Staatsordnung (wie den Parlamentsvorbehalt und das Rechtsstaatsprinzip) sowie gegen die Transparenz Grundsätze der PIRATEN.

Forderungen:

- Entscheidungen des europäischen Gouverneursrates zur Verwendung der Mittel und zur Vergrößerung der Rettungsschirme sollen durch die demokratisch gewählten Volksvertreter des Europäischen Parlaments beschlossen und kontrolliert werden.
- Alle Kreditvergaben sollen transparent sein. Der Jahresabschluss und der Jahresbericht des ESM sollen öffentlich und maschinenlesbar zugänglich gemacht werden.
- Die Prüfungsberichte des Ausschusses sollen öffentlich gemacht werden.
- Jede Erhöhung des Stammkapitals soll von den demokratisch gewählten Volksvertretern der jeweiligen nationalen Parlamente beschlossen werden.
- Das Europäische Parlament soll die Befugnis erhalten, die Immunität der Mitglieder des europäischen Gouverneursrates und des Direktoriums aufheben zu können.
- Die Gehälter der Mitglieder des Gouverneursrates und des Direktoriums sind offenzulegen.

3. Steuerzahler haften nicht für Banken (S.130)

Problemstellung: Liquiditätsprobleme von Banken dürfen nicht zu Lasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gehen.
Forderung: Eigentümer und Gläubiger müssen in Krisen oberhalb der Einlagensicherung voll an Verlusten beteiligt werden.

4. Spekulation - Agrarflächen (S.130)

Problemstellung: Boden ist Träger unserer Ernährung, darüber hinaus besitzt er wertvolle Puffer- und Speicherfähigkeiten. Bodenverlust und – Verschlechterung braucht aktive Maßnahmen der Gegensteuerung, damit die allen dienlichen Ökosystemleistungen des Bodens erhalten bleiben. Völlig entkoppelt von dieser Wertschätzung entwickeln sich die Bodenpreise.

Forderung: Wo Boden zur Verfügungsmasse in Kapitalanlagen und Spekulationsobjekten wird, müssen strenge ordnungspolitische Rahmen die Motivation beschneiden.

Nahrungsmittelspekulation und umwelt,- und sozialverträgliche Importe

Forderung: Wir fordern eine faire Regelung des Handels unter der Maxime des Schutzes der Menschenrechte, d.h. keine Spekulationen auf Nahrungsmittel, kein Ausverkauf von Landflächen an ausländische Investoren, kein Import von Edelmetallen aus Konfliktgebieten, existenzsichernde Löhne und Arbeitsschutzbestimmungen für Arbeitskräfte in der ausländischen Produktion. Auch muss die Produktion umweltverträglich sein.

Finanzpolitische Inhalte: Team Todenhöfer

Schuldenabbau durch Bürokratieabbau

Forderung: Wir werden die aufgeblähten Verwaltungsapparate mindestens um ein Drittel verkleinern. Ohne Entlassungen. Die demographische Entwicklung und die Digitalisierung werden uns dabei behilflich sein. Wir wollen dadurch jährlich mindestens 50 Milliarden Euro einsparen. Wir leisten hiermit einen Beitrag zum Abbau der gigantischen Verschuldung unseres Landes, die die Zukunft der jüngeren Generation massiv bedroht. Ungelöste Verschuldungsprobleme enden immer in Katastrophen.

Finanzpolitische Inhalte: Die Urbane

Wohnraumspekulation

Forderungen:

- Spekulation mit Wohnraum muss verhindert werden. Hierzu können verschiedene Instrumente etabliert werden.
- Bundesweit muss bis auf weiteres ein Mietendeckel eingerichtet werden, um erst mal die Möglichkeit zu schaffen, den Wohnungsmarkt so zu gestalten, dass er keine Personen benachteiligt.
- Es besteht bereits jetzt ausreichend Wohnraum, um alle Personen, die aktuell wohnungslos sind, würdig in Wohnraum unterzubringen. Alle Formen von Sammelunterkünften sind umgehend zu schließen.
- Wohnraumbesitzer:innen, insbesondere private Immobilien-Unternehmen, die mit Kauf, Vermietung und Verkauf von Wohnraum Profite erwirtschaften, müssen verpflichtet werden, Leerstände zu vermeiden, die länger als 3 Monate andauern.
- Wohnraum, der länger leer steht, wird vergesellschaftet und kommunal verwaltet und vermietet Verluste, die durch nicht-vermieteten Wohnraum entstehen, dürfen nicht abgeschrieben werden (Ausnahmen z. B. bei besonderer Härte).

Finanzpolitische Inhalt: die Basis (Wahlprogramm des Landesverbandes in Bayern)

Geldpolitik (Bargeld; Geldschöpfung und Kreditschöpfung; Spekulation)

Forderung:

- Wir wollen das Bargeld als Zahlungsmittel erhalten. Bargeld ist gedruckte Freiheit und sichert die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Jeder einzelne digitale Zahlungsvorgang, an dem wir beteiligt sind, wird registriert. Wir können komplett durchleuchtet, kontrolliert und überwacht werden, z.B. Geld nur für Geimpfte.
- Wir wollen die Geldschöpfung im Sinne der Realwirtschaft gestalten. Ein ausuferndes Geldmengenwachstum führt zu Spekulationsblasen und Vermögensumverteilung. Wirtschaftswachstum ohne entsprechendes Geldmengenwachstum führt zur Deflationsspirale. Daher soll die Geldschöpfung an der Realwirtschaft orientiert werden.
- Wir wollen Aufklärung über Kreditschöpfung und Finanzwesen. Eine Umgestaltung des Finanzwesens kann tiefgreifende positive Effekte auf unsere Wirtschaft und unser Leben haben. Diese sollen genützt werden, insbesondere zur Behebung der negativen wirtschaftlichen Effekte der Coronakrise auf fast alle Bürger, Kleinunternehmen und Mittelstand.
- Wir wollen die finanzielle Autonomie zurückgewinnen sowie die Beendigung der Vorherrschaft der Finanzinstitute über den Staat. Eine intelligente Umgestaltung des Finanzwesens ermöglicht, die Interessen der Bürger zu vertreten statt die der Finanzwelt.
- Geld darf keine Ware sein Geld soll ein Zahlungsmittel sein. Es darf nicht Spekulations- und Vermehrungsobjekt sein.

Finanzpolitische Inhalte: Demokratie in Bewegung

Wohnraumspekulation

Wohnen ist ein Menschenrecht. Darum muss ein menschenwürdiges Wohnen auch jedem Menschen ermöglicht werden, ein Zuhause darf nicht zum Spekulationsobjekt werden. Die Mietpreisbremse und die Förderung von bezahlbarem Wohnraum sind hier die richtigen Hebel

Vielen Dank für Ihr Interesse und Ihre Aufmerksamkeit.

Geld geht uns alle an:
Unser Bundestagswahl-Spezial 2021

Zur anstehenden Bundestagswahl im September 2021 möchten wir als Monetative e.V. relevante Informationen rund um das wichtige Thema Geld transparent aufbereiten. In der dreiteiligen Reihe “Bundestagswahl-Spezial” informieren wir aus unterschiedlichen Blickwinkeln zum Thema Geld und Finanzsystem.

Weitere Informationen zur Bundestagswahl 2021 finden Sie auf unserer Website unter
Politik und Geld: 3 Folgen – 3 Blickwinkel

Monetative e.V.

Der gemeinnützige Monetative e.V. wurde 2012 in Berlin für ein nachhaltiges, stabiles, demokratisches Zusammenleben gegründet. Wir fördern Bildung, Forschung und Vernetzung rund um das gesellschaftlich wichtige Thema Geld.

Der Verein in 90 Sekunden.
Mehr unter: www.monetative.de

Allgemeine Rückfragen zur Analyse und zum Monetative e.V.
Simon Sonnenberg
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
+49 (0) 176 634 09 269
presse@monetative.de

Monetative